

Bereits zum 38. Mal tagte am 10. März das Thüringer Arbeitslosenparlament. Es war auch die letzten Jahre nicht zuletzt durch die Unterstützung der Linksfraction im Landtag zu Gast. Jetzt hatte es sich allerdings erstmals und auf Einladung der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Margit Jung (LINKE), im Plenarsaal versammelt.

Gastrednerin beim Arbeitslosenparlament war Inge Hannemann, die legendär gewordene Streiterin für die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Sie war als Mitarbeiterin des Jobcenters Altona suspendiert worden und sitzt seit 2015 mit einem Mandat der Partei DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft. „Aufrecht bestehen – Ansprüche verteidigen – Sanktionen abschaffen – Arbeitsplätze schaffen“, lautete das Thema ihrer Rede, die mit großem Interesse aufgenommen worden war und zu der es zahlreiche Nachfragen gab.

Inge Hannemann: „Leute, wehrt Euch, zeigt Euch!“

Am Rande der Tagung hatte sich Inge Hannemann auf Einladung von Ina Leukefeld, der arbeitspolitischen Sprecherin der Linksfraction, bei einem Pressegespräch geäußert und betont, wie wichtig es sei, den Menschen Mut zu machen, „sie wollen arbeiten, sie wollen gebraucht werden“. Sie spreche auch ungern von Arbeitslosen, „sie sind nicht arbeitslos, sie sind erwerbslos“. Ihr Appell lautete: „Leute wehrt Euch, zeigt Euch, vernetzt Euch, zum Beispiel in Erwerbsloseninitiativen.“ Sie bezeichnete jede Sanktion als existenzgefährdend und verwies darauf, dass jede zweite Klage gegen Sanktionen vor den Gerichten gewinnt.

Das jetzt im Bund vorgelegte Hartz-IV-Änderungsgesetz läuft – neben einigen Verbesserungen – auf eine „Verschärfung des Hartz-IV-Unrechts hinaus. Die angeblichen Rechtsvereinfachungen gehen in Wirklichkeit vielfach zu Lasten der Betroffenen“, hatte Ina Leukefeld ge-

Arbeitslosenparlament im Plenarsaal des Landtags

sagt und die Initiative der rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung im Bundesrat mit dem Antrag zur Abschaffung der Sanktionsregelungen bei der geplanten Novellierung des SGB II begrüßt. „Der Ausbau eines zweiten Sanktionsregimes muss unbedingt verhindert werden, denn es kann nicht sein, dass Betroffene er-

Landesregierung zusammen mit dem Land Brandenburg im Bundesratsausschuss einen Antrag zur Streichung der Sanktionsregelungen in den Paragraphen 31 bis 32 SGB II eingebracht hat, weil die Vorschriften gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verstoßen. Statt



haltene Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen sollen, wenn sie die Hilfebefürftigkeit aufrechterhalten oder nicht minimiert haben. Das ist zynisch, denn oft bekommen Langzeitarbeitslose nur schlechte Arbeit angeboten. Dann sind sie zwar nicht mehr arbeitslos, werden aber zu Aufstockern und müssen im diskriminierenden Zwangssystem verbleiben“, so die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraction.

Die Sanktionen müssen sofort abgeschafft werden

Ina Leukefeld betonte: „Es ist folgerichtig und gut, dass die Thüringer

Hartz IV mit einem zweiten Repressionsystem auszubauen, müssen die Sanktionen sofort abgeschafft werden. Die Rechtsfolgen sind mit dem Grundgesetz unvereinbar, weil sie zu einer erheblichen Abweichung vom verfassungsgemäßen Zustand, der insbesondere ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren soll, führen können.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Entscheidung des Sozialgerichtes Gotha verhalten wird, das die Sanktionsvorschriften für verfassungswidrig hält und eine Prüfung gefordert hat. Wir bleiben an dem Thema dran.“

KURZ UND PRÄGNANT

Bundesverkehrswegeplan:

Am jetzt vorgelegten Bundesverkehrswegeplan bezeichnete es die Verkehrspolitikerin der Linksfraction Dr. Gudrun Lukin als besonders bedenklich, dass sowohl die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera-Göbnitz als auch der vollständige zweigleisige Ausbau von Papiermühle bis Hermsdorf nicht als vordringlich bewertet und als potentielle Vorhaben auf Halde geschoben werden. Auch der angemeldete Lückenschluss bei der Werrabahn wurde nicht berücksichtigt.

Erneuerbare Energien:

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2016 wird der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst, kritisiert der Energiepolitiker der Linksfraction Steffen Harzer. Netzbetreiber und große Stromkonzerne spielen sich in die Hände. Die Bundespolitik müsse hier einen Riegel vorschieben, für eine kommunale und bürgernahe Energiewende aktiv werden. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften stünden bereit.

Kindertagespflege:

Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag zur Kindertagespflege in Thüringen verabschiedet. Im Landesjugendhilfeausschuss sollen die fachlichen Aspekte, wie die Weiterentwicklung der Professionalität in der Kindertagespflege, bessere Fachberatung, Entbürokratisierung und die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen beraten werden.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Debatte versachlichen

Mit Blick auf Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 sagte der Innenpolitiker der Linksfraction Stefan Dittes: „Die Statistik räumt auch mit Vorurteilen auf. Rund 96 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen im Bereich der Rauschgiftkriminalität in Thüringen waren Deutsche. Berücksichtigt man Straftaten, die nur Flüchtlinge begehen können, wie Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, dann waren bei einer insgesamt leicht zurückgehenden Anzahl von Straftaten neun von zehn Tatverdächtigen für alle Straftaten in Thüringen deutscher Herkunft.“ Der Abgeordnete hofft, dass damit die Debatte um einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Flüchtlingsaufnahme wieder versachlicht wird.



Glückwünsche von Susanne Henning-Wellso, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, für Renate Licht vom Deutschen Gewerkschaftsbund Thüringen, am 17. März im Landtag zu ihrer Wiederwahl als stellvertretendes Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Foto: Peter Lahn

Wohnungsbau

„Die Richtlinien des Landes für den sozialen Wohnungsbau werden von der Immobilienwirtschaft abgelehnt, obwohl sie im Bundesmaßstab sehr günstige Bedingungen vorsehen. Entscheidender Grund: die Unternehmen schielen mehr auf Rendite und Profit, wenn sie für Besserbetuchte Wohnungen errichten. Ein sozialer Auftrag wird, obwohl es sich zum großen Teil um kommunale Unternehmen handelt, nicht mehr als Unternehmensziel akzeptiert“, kritisiert die Wohnungspolitikerin der Linksfraction Ute Lukasch. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung für Erfurt und Jena sei ein Baustein für den Sozialen Wohnungsbau. Sie gebe den Mietern Sicherheit und Vertrauen, dass ihre Wohnungen nicht als Spekulationsobjekte genutzt werden.“

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags sind anberaumt am 20. und 21. April sowie in der Zeit vom 18. bis 20. Mai. Die letzten Sitzungstage vor der parlamentarischen Sommerpause finden vom 22. bis 24. Juni statt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de